

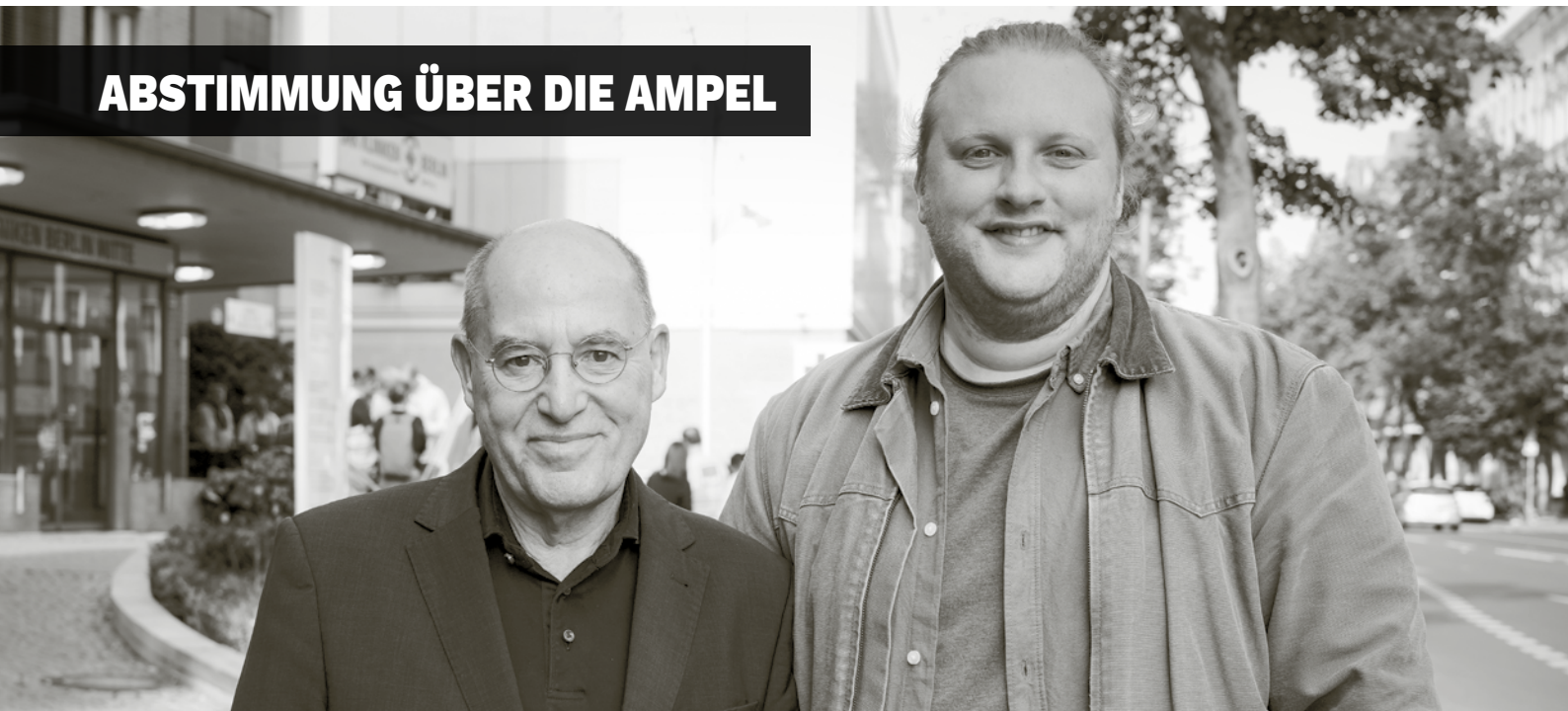


www.dielinke-berlin-mitte.de

mittendrin

Ausgabe 01 | 2024 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

ABSTIMMUNG ÜBER DIE AMPEL



Martin Neise ist Direktkandidat der Linken in Berlin-Mitte. Mehr zu ihm auf Seite 7.

Von Gesine Löttsch, direkt gewählte Bundestagsabgeordnete in Lichtenberg-Hohenschönhausen

Es gibt keine vollständige Wahlwiederholung der Bundestagswahl in Berlin. Jede andere Entscheidung hätte die Zweifel an unserer Demokratie verstärkt. Schon die Wiederholungswahl in Berlin ist bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auf heftige Kritik gestoßen. Von einer Wahlwiederholung kann man nach zwei Jahren sowieso nicht mehr sprechen. Man kann nicht ein Wahlergebnis einfrieren und dann nach zwei Jahren wieder

auftauen. Die Welt hat sich in den zwei Jahren grundlegend geändert. Es wird also eine kleine Neuwahl geben.

Meine Sorge ist, dass viele Menschen nicht zur Wahl gehen, weil sich an der Zusammensetzung des Bundestages kaum etwas ändern wird. Doch die Wählerinnen und Wähler können mit ihrer Stimme deutlich machen, was sie von der Politik der Bundesregierung halten. Eine Stimme für die Linke ist ein Zeichen ge-

gen die unsoziale Politik der Bundesregierung. Eine Stimme für die Linke ist ein Zeichen für eine friedlichere Politik. Wir wollen keine undefinierte wertebasierte, sondern eine friedensbasierte Politik. Die Bundesregierung muss sich endlich für einen Waffenstillstand in der Ukraine und in Gaza einsetzen.

➤ Fortsetzung auf Seite 2

STADTENTWICKLUNG

Tickende Zeitbombe für immer mehr Mieterinnen und Mieter

Seite 3 ▷

MENSCHEN IN MITTE

Steve Rauhut – REFO-Campus Moabit für eine gerechte Welt für alle

Seite 5 ▷

TARIFABSCHLUSS

Respektabler Tarifabschluss für öffentlichen Dienst trotz Schuldenbremse

Seite 8 ▷

➤ Fortsetzung von Seite 1

Die Linke ist heute notwendiger als je zuvor. Wir brauchen eine linke Kraft in den Parlamenten, die gegen Sozialabbau und Krieg kämpft. Als ich 2002 mit Petra Pau allein für die PDS im Bundestag saß, wurden Hartz IV und die unsozialen Zuzahlungen für Pa-



Gesine Löttsch – immer im Gespräch mit den Berlinerinnen und Berlinern

tientinnen und Patienten beschlossen. Mit einer Stimme für die Linke können Sie schon jetzt ein soziales und friedliches Zeichen setzen.

Jetzt geht es in einen kurzen, aber wirkungsvollen Wahlkampf. Von einer hohen Wahlbeteiligung hängt es ab, ob mein Genosse Pascal Meiser im Bundestag bleibt. Bei einer geringen Be-

teiligung könnten wir sein Ausgleichsmandat an ein anderes Bundesland verlieren. Schon jetzt ist der Einfluss der Berliner Abgeordneten im Bundestag zu gering.

Wir werden die Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl nutzen, um 2025 bei der Bundestagswahl als starke Fraktion in den Bundestag einzuziehen. Ich gehe davon aus, dass wir sehr bald eine schlagkräftige Gruppe im Bundestag bilden können. Wir haben in den vergangenen Jahren viele gute Anträge und Anfragen gestellt. Wir haben die Regierung wirklich kontrolliert. Das Problem ist, dass wir mit unserer Politik zu wenig die Menschen erreichen. Das Interesse der Medien an uns ist eindeutig rückläufig. Wir brauchen die ganze Partei, um wieder mehr Menschen mit unserer Politik zu erreichen.

Wir dürfen den Protest nicht der AfD überlassen. Linker Protest ist wichtig. Die Ampel braucht ein rotes Stoppschild!

Gesine Löttsch,
Mitglied des Bundestages



XXIX. INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG KONFERENZ
SONNABEND
13. JANUAR 24
TEMPODROM
KONFERENZSTÄTTE BERLIN
5 BAHN ANHALTER BAHNHOF

Wem gehört die Welt?

Stilles Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

14. Januar 2024, 10.00 Uhr

Ort: Berlin, Gedenkstätte der Sozialisten

Anlässlich des Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (15. Januar 1919) ruft die Berliner Linke zum jährlichen stillen Gedenken auf.

Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung

14. Januar 2024, 10.00 Uhr, vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

15. Januar 2024, 18.00 Uhr, vom Olof-Palme-Platz zur Gedenktafel/-stein im Tiergarten.

www.jungewelt.de/rk/de/article/442907.programm-der-xxviii-internationalen-rosa-luxemburg-konferenz.html



Neues Jahr, neuer Wahlkampf, aber eines bleibt:

Die Linke ist die soziale Kraft gegen rechts!

Das Jahr 2024 begann mit einer zutiefst aufgeladenen Silvesterdebatte, in der migrantischen Nachbarinnen und Nachbarn unterstellt wurde, Krawalle zu verursachen. Die Silvesternacht entpuppte sich dabei als Wahlkampfmanöver der CDU: Mit massivem Polizeiaufgebot, Präventivhaft und Gefährderansprachen provozierten sie die Bilder, die sie für den Wiederholungswahlkampf brauchen — ohne Erfolg.

Dabei enthüllt eine Insa-Umfrage, dass die wichtigsten Themen der Deutschen im Jahr 2024 die Bekämpfung der Inflation (57%), bezahlbarer Wohnraum (55%) und gesicherte Rente und Energieversorgung (50%) sind. Mit dem Fingerzeigen auf Ausländer oder einem Genderver-

bot wird keine Supermarktrechnung günstiger, keine Wohnung bezahlbarer und keine Rente höher. Die CDU spielt mit dem Feuer, das am Ende den Faschisten von der AfD nützt.

Als Die Linke kämpfen wir auch 2024 für günstige Mieten, höhere Löhne und Renten und ein sicheres Leben für alle. Viele unserer Nachbar*innen wissen, dass wir nicht nur vor der Wahl sozial sind. Deswegen werden wir in unserem Wahlkampf auch auf unsere wöchentlichen kostenlosen Rechts- und Sozialberatungen hinweisen und Mieter*innen bei hohen Nebenkostenabrechnungen unterstützen. Jeden Samstag sind wir zudem an wechselnden Orten und an den Haustüren zu erreichen.

Wir freuen uns über jede Unterstützung!



Martha Kleedörfer,
Vorsitzende des Bezirksvorstandes

BEI ANDEREN GELESEN

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: In Berlin muss die Bundestagswahl zum Teil wiederholt werden. Dazu die **Berliner Zeitung**: „Am 11. Februar, so viel wissen wir, darf in rund einem Fünftel aller Berliner Wahlbezirke noch einmal abgestimmt werden. Überall dort, wo es an jenem verhängnisvollen 26. September 2021 relevante Fehler gab. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts fühlt sich gut an. Besser jedenfalls als der Spruch seiner quasi kleinen Schwester, des Landesverfassungsgerichts von Berlin. Dieses verfügte bekanntlich vor einem Jahr, dass die Wahlen zu Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlungen allesamt null und nichtig und deshalb komplett zu wiederholen seien. Und das, obwohl alle Wahlen am selben Tag, an denselben Orten und zu denselben Bedingungen abgehalten wurden.“ Nach Auffassung der **Frankfurter Rundschau** macht das Urteil deutlich, „dass Richterinnen und Richter bei gleichen Tatbeständen durchaus unterschiedlicher Auffassung sein können. (...) Wir Bürgerinnen und Bürger lernen daraus, dass auch Urteile höchster Gerichte womöglich keine in Stein gemeißelten Wahrheiten sind.“ „Wieder einmal grüßt das verfassungsrechtliche Murretier“, spottet die **Berliner Morgenpost** und meint: „Richterinnen und Richter in roten Roben urteilten in Karlsruhe über einen Beschluss der Ampel-Regierung, den die Union angefochten hatte. Nach dem Stopp des Heizungsgesetzes und dem verfassungswidrigen Haushalt stand das Herz unserer Demokratie auf der Tagesordnung: freie und geheime Wahlen. (...) Das Image Berlins“, so das Blatt, „wird bundesweit oft belächelt. Der eine oder andere Berliner wird sich mit seiner unperfekten Stadt sogar identifizieren. Doch nach diesem Urteil gilt es jetzt, den Ruf als Weltstadt wiederherzustellen.“ Die **Rheinische Post** schreibt zum Richterspruch: „Es ist ein Urteil mit Augenmaß, das – Stand jetzt – kaum Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Bundestages haben wird, denn voraussichtlich werden die von der Linken gewonnenen Direktmandate nicht gefährdet sein. Das Urteil ist aber auch eine Warnung an alle Verwaltungen in diesem Land: Führt Wahlen verfassungsgemäß durch und überfrachtet Wahltag nicht.“ Die eigentliche Lehre lautet für die Zeitung aus Düsseldorf: „Mit der Demokratie spielt man nicht.“

Verdrängungsgefahr durch Eigenbedarfskündigungen wächst

Rentnerpaar in Mitte verliert nach fast 40 Jahren sein Zuhause

Immer häufiger werden besonders in Berlin-Mitte Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. Wegen des schlechten Kündigungsschutzes sind dann die Mieter*innen bei Verkauf der Wohnung den berüchtigten „Eigenbedarfskündigungen“ als latenter Bedrohung ausgesetzt: Die Angst wohnt mit.

Fachjuristen sind Eigenbedarfskündigungen in mindestens 30 Prozent der Fälle rechtsmissbräuchlich.

Im Jahre 2021 ermächtigte ausge-rechnet ein Bundesbauminister der CSU die Länder, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten mit „angespannten Wohnungsmärkten“ unter einen Genehmigungs-



Rausschmiss nach 40 Jahren Zuhause in der Wilhelmshavener Straße

Im Fall des oben erwähnten Moabiters Rentnerpaares haben beide (70 und 74 Jahre alt) händeringend versucht, eine bezahlbare Wohnung im mittleren Mietpreisbereich zu finden. Vergeblich. Sie mussten ihren Moabiter Kiez, in dem sie gut vernetzt waren, verlassen und in eine Wohnung im Harz ziehen. Von dort aus wollen sie weiter eine Berliner Wohnung suchen. Die Untätigkeit des Berliner Senats und des Bezirksamts bezeichnen sie als moralisch verwerflich.

Fast 150.000 Mietwohnungen wurden allein in den letzten zehn Jahren im Berliner Stadtgebiet in Eigentumswohnungen umgewandelt! Das hat zu einer *Verdrängungswelle* in den Innenstadtkiezen geführt. Die Folge ist schon heute eine anhaltende soziale Krise. Nachweislich werden häufig „Eigenbedarfskündigungen“ angewandt, ohne je die Absicht zu haben, in die gekündigte Wohnung selbst einzuziehen. Nach der Einschätzung von

vorbehalt zu stellen. Was viele schon ahnten: Gleichzeitig wurden dem Genehmigungsvorbehalt durch diverse Ausnahmetatbestände wie der Eigenbedarfskündigung die Zähne gezogen!

Für immer mehr Berliner Mieter*innen bedeutet das letztlich, dass sie in ihren Wohnungen auf einer tickenden Zeitbombe sitzen, vor allem angesichts der Tatsache, dass es für viele Mieter*innen völlig unmöglich sein wird, noch eine vergleichbare und bezahlbare Wohnung im alten Kiez zu finden – so wie es dem oben geschilderten Rentnerpaar im letzten Jahr ging.

Was wird aus dem Recht auf Wohnen als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge? Mit dem vorrangigen Recht von Haus- und Wohnungseigentümern auf Selbstnutzung bis hin zu entfernten Verwandten ist das nicht vereinbar. Das heißt: Eigenbedarfskündigungen müssen ausnahmslos ausgeschlossen werden!

Rainer Scholz

Land gegen Bezirke: Schwarz-Rot lässt bei sozialen Leistungen kürzen

Die Aufstellung eines jeden Landeshaushalts ist kompliziert und für die Bezirke gilt dies ebenso – weil sie Teil des Landeshaushalts sind und vom Abgeordnetenhaus mit beschlossen werden.

Die Art und Weise, wie die Beschlussfassung durch die Abgeordneten der Koalition von CDU und SPD am Jahresende 2023 herbeigeführt wurde, hat nicht nur mich fassungslos gemacht. Nein, alle 12 Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister haben opponiert und bis zum Schluss versucht, die katastrophale Entscheidung zu verhindern.

Was war passiert? Im September 2023 stellten die Bezirke ihre Haushalte auf und waren aufgrund knapper Kassen gezwungen, von der Aufstockung wichtiger sozialer Projekte wie der Schuldner*innenberatung, der flexiblen Kinderbetreuung für Alleinerziehende oder dem Ausbau der Jugendarbeit abzusehen. Kurz vor Haushaltsbeschlussfassung im Abgeordnetenhaus verkündeten dann die Koalitionsspitzen und haushaltspolitischen Sprecher der CDU und SPD, dass die Bezirke künftig nicht mehr bei den Personalkosten für unbe-

setzte Stellen sparen dürften, da sie sich damit in der Vergangenheit Gewinne erwirtschaftet hätten. Zudem sollen die Bezirke Rücklagen für schlechte Zeiten bilden.

Beide Vereinbarungen sind eine absolute Frechheit. Zum einen bekommen Bezirke ihre „freien“ Stellen schon heute nicht finanziert und können hier kaum „sparen“. Und auch die zweite Vorgabe ist hanebüchener Unsinn, denn die Bezirke haben, sofern sie positive Finanzergebnisse aus den Vorjahren hatten, diese bereits komplett in ihre Haushalte aufgenommen, um überhaupt verfassungskonforme Haushalte aufstellen zu können – auch wir in Mitte. Nun im Nachhinein die Regeln zu verändern, zeigt wie viel Arroganz einzelne Abgeordnete an den Tag legen können, um ihre persönliche Agenda durchzudrücken.

Doch was heißt all dies für Mitte? Dank Schwarz-Rot soll der Bezirk nun jeweils in 2024 und 2025 rund 13 Millionen Euro einsparen. Durch die neuen Vorgaben der Abgeordneten sind



Dunkle Wolken über Berlin (CC BY-NC-ND 2.0, JudithTB)

zudem die Bereiche, in denen gespart werden darf, stark begrenzt worden – auf die *sozialen* Leistungen der Bezirke. Damit sind Kürzungen für junge Menschen, bedürftige, diskriminierte, wirtschaftlich schwache oder gesellschaftlich randständige Gruppen vorprogrammiert. Möglich sind Schließungen von Jugendklubs, gestrichene Jugendreisen, gestrichene Gesundheitsfördermaßnahmen, Kürzungen bei der Berufsberatung ... unfassbar. Es ist eben nicht egal, wer gewählt wird und wer regiert, denn mit der Linken hat es keine Kürzungen bei den Bezirken gegeben.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit

Kein bisschen Frieden, kein bisschen Asyl und kaum Geld für Soziales

Die Bezirksverordnetenversammlung ist dazu angehalten, nur Themen aufzugreifen, die einen eindeutigen bezirklichen Bezug haben.

Daher wollte sich diesmal sogar das Rechtsamt einschalten, um die beiden vorliegenden Entschließungen in Frage zu stellen. Das ist bei einer Entschließung so eine Sache, da es sich um ein Bekenntnis der BVV zu wichtigen Themen, nicht um ein Ersuchen an das Bezirksamt, handelt, tätig zu werden.

Letztlich wurden drei solche Druck-sachen in die Dezember-BVV eingebracht: eine von der CDU mit dem Titel „Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie mit Israel und unserer Partnerstadt Holon bei Tel-Aviv“, die zuvor durch einen gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, Grünen und Linken von überflüssiger ideologischer Last befreit und

dann mehrheitlich beschlossen wurde. Die zweite Entschließung, die durch die Linksfraktion eingebracht wurde, stellte ein Bekenntnis zum Schutz von Kriegsgegner*innen und Deserteur*innen aus Russland und der Ukraine dar. Die Grünen hatten in einem Änderungsantrag gefordert, den Schutz auf russische Bürger*innen zu beschränken, während die ukrainischen Soldat*innen weiter an die Front ziehen sollten.

Da wir diese Einschränkung absurd fanden, wurde der Änderungsantrag knapp abgelehnt. Die CDU hat dabei mit dagegen gestimmt. Leider lehnte sie dann auch unseren ursprünglichen Text ab, so dass die Entschließung letztendlich in Gänze abgelehnt wurde. Aber zu Weihnachten sangen alle wieder die Lieder vom Frieden auf Erden.

Bei einem dritten Thema waren sich mal alle einig: die Kürzungen, die

durch die Landesregierung am Haushalt in wichtigen Bereichen der Daseinsfürsorge vorgenommen wurden, sind für die Bezirke fatal und nicht hinnehmbar. Wir haben daher auch der Bezirksbürgermeisterin gedankt, die im Rat der Bürgermeister und in der Presse zu diesem Thema sehr klare Worte fand.

Beschlossen wurden erfreulicherweise auch eine Reihe unserer Anträge: die Forderung nach mehr Flächen für alevitische und muslimische Bestattungen z.B. ebenso wie die nach der Sicherstellung wesentlicher Bestandteile des Gedenkortes Güterbahnhof Moabit. Weitere Informationen wie immer auf unserer Homepage linksfraktion-berlin-mitte.de

Ingrid Bertermann,
Geschäftsführerin der Fraktion DIE
LINKE. in der BVV Mitte

KURZNACHRICHTEN

► Bürgerbeteiligung am Masterplan

Noch bis Ende Januar können sich die Berliner im Masterplanverfahren für Mitte vom Alexanderplatz bis zum Brandenburger Tor und von der Torstraße bis zur Franz-Klühs-Straße beteiligen. Bei einer „Bürgerbeteiligung für die Verkehrsbelange in der Mitte der Stadt“ sind Wünsche und Ideen gefragt. Wo klemmt es im ÖPNV, wo könnte künftig mehr Platz für Gastronomie sowie für Abstellflächen für Fahrräder entstehen, sind nur einige Fragen. Die Online-Beteiligung läuft bis 31. Januar auf mein.berlin.de/projekte/verkehrsnetz-berliner-mitte/.

► Richtfest für Moabiter Kinderhof

Der Moabiter Kinderhof feierte Richtfest. Der moderne Holzbau an der Seydlitzstraße 12 mit rund 300 Quadratmetern Nutzfläche wird mit Multifunktionsräumen zum Spielen und Chillen einladen, einen Saal für Musik und Theater haben. Finanziert wird das Bauvorhaben mit 3,8 Millionen Euro von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Eigenmitteln des Bezirkes Mitte.

► Immer mehr gemeinnützig

17 979 Organisationen waren 2023 in Berlin als gemeinnützig eingestuft und steuerlich als gemeinnützige Körperschaften erfasst. 2019 waren es noch 15 660. Sie erhalten Steuervergünstigungen, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern.

► Neue Grabfelder auf Friedhof Seestraße

672 Grabstellen für Bestattungen nach muslimischem und 126 nach alevitischem Brauch gibt es jetzt auf dem Urnenfriedhof an der Seestraße. Das Bezirksamt hatte 2021 unter Beteiligung der Gemeinden die Herrichtung der Grabfelder beschlossen. Der Friedhof war bisher nur mit Urnen belegt und musste für Körperbestattungen umgestaltet werden.

► Preis für Volkshochschule Mitte

Die nationale Auszeichnung „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ hat die Volkshochschule Mitte erhalten. Das Bundesbildungsministerium und die Deutsche Unesco-Kommission ehren mit dem Preis Initiativen, die Menschen mit innovativen Bildungsangeboten und Ideen begeistern und sie befähigen, aktiv an einer nachhaltigen Zukunft mitzuwirken. 2023 gewannen 32 Initiativen in der BRD die Auszeichnung.



Auf der Straße bei den Menschen: Steve Rauhut (4. von links)

Steve Rauhut – im REFO-Campus Moabit für alle für eine Welt für alle

Steve Rauhut hat sich vor 15 Jahren in unsere Stadt Berlin verliebt. Der gebürtige Hamburger ist seit 2015 der Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzende des REFormations-Campus e.V. in der Moabiter Beussel-/ Ecke Wicelstraße.

„Ich bin aus der Leitungsebene der Lufthansa Group in der Hansestadt ausgestiegen, wollte viel lieber als linker Christ statt Manager zu sein etwas für die einfachen Menschen tun“, erklärt er seinen Umzug. „In Berlin fand ich eine megaschöne diverse Vielfalt der Religionen, Nationen, Kulturen und Lebensstile - und einen phantastischen Ort für Begegnungen, Austausch, Bildung und Kreativität aller Berliner*innen, ob Christen oder Nichtchristen“.

Per Null-Euro-99-Jahre-Erbbaurechtsvertrag übernahm der REFO-Campus Verein die 4 400 Quadratmeter große Fläche der 1907 erbauten neogotischen Backsteinkirche mit umliegenden Gebäuden. „Hier finden Gottesdienste statt, aber noch mehr Gesprächsrunden wie kürzlich `Combatants for peace` mit der von Israelis und Palästinensern gegründeten Nichtregierungsorganisation zu Perspektiven einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts.“ Im Kirchsaal gibt es häufig Konzertabende, Feste und die besonders beliebten Tanzpartys. Zum Campus gehören ebenso 15 kernsanierte Wohnungen, eine Kita für 130 Kinder, das Theater X junger Migranten.

Vor 52 Jahren in einer christlichen Familie in Hamburg geboren, im Stadtteil Volksdorf aufgewachsen, studierte Steve Theologie in Hessen, England und

Südafrika, was er mit weiterführenden Studiengängen in Gesellschaftstransformation in Verbindung mit Soziologie und Theologie profilierte, war einige Jahre als Diplom-Ingenieur beim Flugzeugbau beschäftigt. 2009 verabschiedete er sich nach Berlin, hörte hier von der leerstehenden Reformationskirche. „In mir erwachte der schon lange gehegte Traum von einer völlig neuartigen Gemeinde mit Ausrichtung nach außen in Solidarität mit Bedürftigen und Benachteiligten, von denen Zehntausende rundum in Moabit und ganz Berlin leben“.

Bald wurde er Mitglied der Linkspartei, um auch auf der Straße, an den Haustüren mit den Menschen zu reden, und machte 2017 als Bundestagsdirektkandidat mit 21,5 % Zweitstimmenanteil DIE LINKE das erste Mal in Mitte zur stärksten Partei. „Wir kämpfen seit Frühjahr 2023 gemeinsam mit den bedrängten Mietern der Jagow-Straße 35 für die Rettung ihrer Wohnungen, in unserem Campus kommt das Moabiter Team der unnachgiebigen Bewegung `Deutsche Wohnen & Co. enteignen` zusammen. Täglich begrüßen wir rund 600 Besucher, die Trost, Rat und Hilfe suchen, mit uns zusammenarbeiten oder einfach nur mal reden wollen.“ Und selbstbewusst deklariert Steve Rauhut: „Von unserem REFO-Campus für alle setzen wir uns ein für ein Moabit für alle, für ein Berlin und eine Welt für alle - gerecht, sozial-ökologisch, nachhaltig und friedlich. Und bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2026 wollen wir endlich in Moabit und dem Wedding die Direktmandate gewinnen!“

Matthias Herold

Zwischen diesen Jahren

Ein Jahr, Tage, Wochen, Monate, schon vorbei ... Zufällig las ich, dass Maurice Merleau-Ponty 1947 zu Raymond Arons Idee vom Wesen der Politik und Herrschaft anmerkte:

„Glückliche Zeiten. Man verstand noch zu lesen. Man konnte noch laut nachdenken. All das scheint endgültig vorbei zu sein.“ Klug, und die ewige Sehnsucht nach früher ... Jetzt gibt es Überdruß, ob Information, Ereignisse, Begegnungen, Medien, Wunschdenken, Schönfärbung, Gleichgültigkeit und Desinteresse, Meinungen zu weltpolitischen, innerdeutschen und regionalen Erupationen werden auch *gecancelt*, man moralisiert, doch Antisemitismus, steigende und fallende Preise, Krisen, Kriege, der Alltag haben logische und historische Wurzeln.

In Mitte sind berlinweit die wenigsten privaten Autos angemeldet? Ab Februar wird am Alex gebaut? In der Europa-City wird das nördliche Hochhaus vollendet - der mürrische Dezember ist vorbei, bald wird's heller, aber

Sitten, Lebensweisen, Lebensentwürfe divergieren und Streitgespräche, politische Witze, Tresengespräche, Debatierklubs, Stammtische, der gewesene Salon scheinen passé ... Man speist international, Currywurst, Döner, Burger gibt's auch vegan und vegetarisch, im Nikolaiviertel zeigt das Ephraim-Palais die Dauerausstellung zur Geschichte der deutschen Hauptstadt mit Exponaten des umbaubedingt geschlossenen Märkischen Museums.

Kurzweilig flaniert man dort bis ans Ende der Mauerzeit, durch Fundstücke, Fotos, Mobiliar, Garderoben und wenig Texte... Im Wedding hatte Christoph Schreiber 1998 auf 600 Quadratmetern für 199 Zuhörer den *Piano Salon Christophori* eröffnet, benannt nach Bartolomeo Cristofori, der Anfang des 18. Jahrhunderts das Hammerklavier entwickelte ...

In jenem Straßenbahndepot von 1926 stehen 120 historische Konzertflügel, auch alte französische, wird öffentlich musiziert, ausgestellt, restauriert,



Konzert im Piano Salon Christophori

geben junge Künstler und Künstlerinnen aus aller Welt Konzerte, überwältigend spielte vor dem Jahreswechsel hier der junge russische Pianist Nikolay Medvedev ...

Irene Runge

Kino und Kult, Himmel und Holle

Demnächst wird eine weitere Kulturstätte mit Kultstatus in Berlins Mitte für längere Zeit schließen: das **Kino International** in der Karl-Marx-Allee. Es wurde im November vergangenen Jahres 60, nun sind Sanierungen nötig. Sie beginnen im April und dauern voraussichtlich fünfzehn Monate. Im Haus fanden so denkwürdige Veranstaltungen statt wie die Premiere des ersten Schwulen-Films der DEFA, „Coming Out“ von Heiner Carow, am 9. November 1989, oder, im selben Monat, die Wiederaufführung von Frank Beyers 1966 verbotenen Film „Spur der Steine“. Noch bis zum 28. Januar werden deutsche Klassiker von 1966 bis 2021 gezeigt. Ehe im Frühjahr bis auf weiteres die Lichter ausgehen, sollten Sie einen Besuch im einstigen DDR-Premierenkino einplanen, das zurecht als „Filmtheater“ bezeichnet werden kann.



Wie wäre es mit einer Himmelsbeobachtung mitten im Winter? Das **Zeiss-Großplanetarium** in der Prenzlauer Allee gilt als Europas modernstes Wissenschaftstheater. Das Programm hält für Besucherinnen und Besucher jeden Alters etwas bereit, zudem sind Saal und Kinosaal rollstuhlgeeignet und mit Induktionsschleifen für Hörgeräte ausgestattet.



Noch bis Mitte Februar dauert die Märchen-Saison in der **Märchen-**



hütte im Monbijoupark und im **Pfefferberg-Theater**. Grimmsche und andere Klassiker werden komödiantisch, schaurig, schräg geboten. Mehrheitlich wenden sich die Inszenierungen an Erwachsene, einzelne Veranstaltungen sind auch für Kinder geeignet. Mehr unter www.maerchenhueette.de und www.pfefferberg-theater.de.

Vom 20. bis zum 28. Januar lädt „Purple“, das internationale Tanzfestival für junges Publikum, zu 10 Tanzproduktionen auf sieben Bühnen in sechs Berliner Bezirken ein. „Purple“ will Kinder und Jugendliche für Tanz begeistern, aber mit Workshops auch bei Lehrenden und Erziehenden das Verständnis für zeitgenössischen Tanz entwickeln. Mehr unter www.purple-tanzfestival.de.



Für einen winterlichen Spaziergang empfehle ich den **Landschaftspark Herzberge**. Er ist mit den Tram-Linien M8 oder 37 bis zur Haltestelle „Evangelisches Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge“ gut zu erreichen und bietet unweit der City Ruhe und Entspannung. Besonders bei Kindern beliebt sind die auf dem Gelände angesiedelten „Rauhwolligen Pommerschen Landschaft“.



Georg Fehst

Berlin kann sich keine neue Ära Sarrazin leisten

Schwarz-Rot hat versprochen, „das Beste für Berlin“ zu geben. Der erste Doppelhaushalt dieser Koalition ist das exakte Gegenteil. Er gibt keine Sicherheit. Er bringt weder den Umbau Berlins zu einer für die Folgen des Klimawandels widerstandsfähigen Stadt noch den Bau bezahlbarer Wohnungen voran. Er vertieft die sozialen Brüche.

Dieser Haushalt hat sich bereits jetzt selbst überlebt. Er enthält ungedeckte Schecks in Höhe von über 4 Milliarden Euro. Wie dieses Loch gestopft wird, bleibt im Dunklen. Es ist absehbar, wo gekürzt wird. Dieser Haushalt wird vor allem in den Bezirken eine Abwärtsspirale auslösen, in Bürgerämtern, Kitas und Jugendeinrichtungen, bei Wohnungslosen und Menschen mit Behinderungen. Es drohen erneut bleierne Jahre, und sie beginnen nicht irgendwann, sondern jetzt. Alle 12 Bezirksbürgermeister*innen haben es schon angekündigt: Anfang 2024 müssen Haushaltssperren

verhängt werden. Diesem Haushalt fehlt nicht nur die soziale Balance, sondern jeder Gestaltungswille. CDU und SPD steuern Berlin in eine Finanzierungskrise mit zerstörerischen Auswirkungen. Schwarz-Rot braucht alle Rücklagen auf. Ab 2026 droht ein weiterer finanzieller Einbruch. Dann fehlen noch mal 2 Milliarden pro Jahr. Als Linke haben wir in der Regierung seit 2016 daran gearbeitet, Berlin zu reparieren, haben Investitionsbremsen gelöst, den sozialen Trägern Sicherheit gegeben. Jetzt schickt Schwarz-Rot Berlin erneut auf eine soziale Rutschbahn.

Es gibt machbare Alternativen. Wenn Investitionen in die Infrastruktur durch Kredite finanziert werden, entsteht Spielraum, um die soziale Infrastruktur zu sichern und die ökologische Transformation zu gestalten. Wenn Landessteuern wie die Grunderwerbssteuer erhöht werden, entstehen dauerhaft neue Einnahmen. Wir brauchen dieses Geld, um Berlin



sozialer und ökologischer zu machen. Was wir dagegen nicht brauchen, ist eine Schuldenbremse, die Investitionen abwürgt und die soziale Infrastruktur zerstört. Auch hier fehlt CDU und SPD der Mut, den von ihnen selbst angerichteten Schaden zu reparieren. Schwarz-Rot tut nicht das Beste für Berlin, sondern das Nötigste, um an der Macht zu bleiben. Das ist zu wenig.

Anne Helm,

Co-Vorsitzende der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

„Das Leben wieder bezahlbar machen!“

Martin Neise war 2021 Bundestagsdirektkandidat für Die Linke im Bezirk Mitte. Anlässlich der teilweisen Wiederholungswahl in Berlin am 11.02.2024 beantwortet er unsere Fragen.

Welche Themen siehst du, die die Menschen in unserem Bezirk bewegen?

Ich sehe akut drei Dinge, die viele Menschen sorgen und die sich ändern ließen, wäre der politische Wille da:

Zuallererst muss etwas gegen die Preisexplosion im Supermarkt getan werden. Aldi, Lidl und Co. nutzen die Gunst der Stunde, um künstlich die Preise nach oben zu jagen. Deshalb fordere ich einen Preisdeckel für Grundnahrungsmittel. Die Linke hat dafür ein umsetzbares Konzept vorgelegt.

Zweitens: Viele Menschen müssen derzeit hohe Nachzahlungen für Energie stemmen. Die Energiekonzerne verdienen sich mit überhöhten Preisen eine goldene Nase. Ich setzte mich dafür ein, dass diese Übergewinne extra besteuert werden. Damit entlasten wir die Verbraucher*innen. Das Dritte ist die Bekämpfung der Kinderarmut. In Mitte

gibt es Kieze, in denen mehr als jedes zweite Kind in Armut lebt. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung, die wirklich hilft – und nicht die Alibiveranstaltung der grünen Familienministerin Paus.

Du sprichst die Bundesregierung an. Wie bewertest du die Arbeit der „Ampel“?

Die Bundesregierung versagt bei allen wichtigen Fragen, die die Menschen im Land betreffen. Zum Beispiel beim klimafreundlichen und sozial gerechten Umbau der Wirtschaft. Wenn es nach der „Ampel“ geht, sollen die Kosten dafür von den Beschäftigten und Bürger*innen getragen werden. Das ist total verkehrt. Die Kosten müssen von den Verursacher*innen des Klimawandels gezahlt werden: die Konzerne und die oberen Zehntausend, die am Raubbau an der Natur Milliarden Euro Profit gemacht haben. Außerdem muss klar sein: kein Arbeitsplatzabbau unter dem Vorwand des Klimaschutzes!

Auch die Mietenexplosion nimmt kein Ende. Die SPD hat einen Mietenstopp versprochen und ein großes Programm für Sozialwohnungen. Der Mietenstopp

wurde entsorgt und von den angekündigten 100 000 Sozialwohnungen pro Jahr werden schlappe 24 000 gebaut. Außer Symbolpolitik und Visionslosigkeit ist von dieser Bundesregierung nichts zu erwarten. Deshalb stehe ich für eine starke Linke im Bundestag, die für soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus und sozial gerechten Klimaschutz kämpft.

Mit Martin Neise sprach Michael Frey

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

DAS IST DAS LETZTE

Olaf Scholz, der große Entertainer an der Spitze der Bundesregierung, unterhält das Volk mit Wumms und Gesang. „You'll never walk alone“, rief er uns, die wir nie allein sein sollen, wiederholt aus dem Bundestag zu. Im Plenum wurde gejoht wie beim Fußball an der Liverpools Anfield Road oder auf der Dortmunder Südtribüne. Die Sache macht Schule.

„Niemand liebt dich so wie ich“, singen Robert Habeck und Christian Lindner Rücken an Rücken im Duett. Der Haushaltsausschuss des Bundestages beginnt seine Beratungen mit dem gemeinsamen Gesang von „Wenn der Topf aber nun ein Loch hat“, verabschiedet wird sich mit „Wo ist mein Geld nur geblieben?“ Die Deutsche Bischofskonferenz hat begonnen, regelmäßig Hitlisten herauszugeben. Aktuell an der Spitze: „Ihr Kinderlein kommet“, „Tausendmal berührt“ und „Ach, ich hab' sie ja nur auf die Schultern geküsst“. Die Fußballmänner singen anstelle der Nationalhymne „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“, während die Fans „Gute Nacht Freunde“ intonieren.

Bei der Deutschen Bahn läuft in der Telefonschleife „Es fährt ein Zug nach nirgendwo“ und auf einen Zug Wartende werden mit „Ob er aber über Oberammergau, oder aber über Unterammergau, oder aber überhaupt nicht kommt, ist nicht gewiss“. Claus Weselsky kündigt weitere Streiks der Lokführer an mit „Über sieben Brücken musst du geh'n“ und Bauernpräsident Rukwied fordert für geschundene Landwirte „Ein Bett im Kornfeld“. Mancher Handwerksmeister fragt bei der verzweifelten Suche nach Fachkräften: „Lebt denn der alte Holzmichl noch?“ Franziska Giffey's Pressestelle offeriert die Chefin mit: „Die immer lacht“. Wer sich Wuchermieten in der City nicht mehr leisten kann, möge doch bitteschön „Muss i denn, muss i denn zum Städtele hinaus“ anstimmen, rät Bauministerin Klara Geywitz. Und die Linken? Die versuchen einen Neustart. Da heißt es nun: „Wann wir streiten Seit' an Seit'“.

Schorsch (Alt wie ein Baum)

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Paralleltät zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus besteht nicht.
Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 04.01.2024
Ausgabetag für Nr. 02/2024 – 26.01.2024



Guter Tarifabschluss im Anblick der Schuldenbremse

Die Spatzen zwitscherten vom Dach, dass es am 9. Dezember keine Einigung beim Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder geben würde. Zu weit lagen die Vorstellungen auseinander. Die Gewerkschaften forderten unter anderem 10,5%, mindestens aber 500 Euro. Der Beton, den die Arbeitgeberseite, allen voran Verhandlungsführer Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel (SPD), anrührte, war dick. Wem die Mieten zu teuer seien, der solle doch Wohngeld beantragen, war Dressels schnippische Reaktion auf gestiegene Lebenshaltungskosten.

Mitten in die heiße Phase der Tarifrunde der ÖD-Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IGBAU platzte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse hinein: Übrig gebliebene Corona-Hilfsmittel aus 2022 dürfen nicht für andere Ausgaben in 2023 verwendet werden. Plötzlich klaffte beim Bundeshaushalt eine Lücke von 60 Milliarden Euro und auch die Länder waren wegen ihrer vielen Sondervermögen indirekt betroffen. SPD und Grüne, die 2009 die Schuldenbremse noch mittrugen, weinten Krokodilstränen. Die FDP feixte und fordert gemeinsam mit der CDU Kürzungen beim Bürgergeld und der Kindergrundsicherung. Die Beschäftigten bei Feuerwehr, Polizei, in Kitas und Schulen, in Behörden, Verwaltung und Kultur bekamen das Gefühl, dass sie angesichts der Schuldenbremse mit Einkommensverzicht für die Krise zahlen sollten. Ein verheerendes Signal angesichts von über 3.000 unbesetzten Stellen allein in den Berliner Bezirken. Es fehlt an Ingenieurinnen, Architekten, Informatikerinnen, Sozialarbeitern usw..

Vor diesem Hintergrund ist der Tarifabschluss durchaus respektabel: 3000 Euro netto für alle Vollzeitbeschäftigten, Zulagen für Erzieher*innen und in gut einem Jahr ist die gewerkschaftliche Forderung nach 10,5% mehr Gehalt mehr als erfüllt. Die Lücke zu den Angestellten bei Bund und Kommunen wird zumindest nicht noch größer.

Klar ist aber auch: Die Schuldenbremse ist das Grundübel in der Finanzpolitik. Kein anderes Land der Welt legt sich derartige Fesseln an. Und wenn dann noch der politische Wille für Steuererhöhungen bei Wohlhabenden fehlt, ist klar, dass es im Bundestag Die Linke als starke Stimme für faire Lastenverteilung und soziale Gerechtigkeit braucht.

Tom Erdmann



Rechts- und Sozial-Beratung



Links Treff

Rechts- und Sozial-Beratung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin, Tel.: 030 28705751

Die Sozialberatung findet jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr statt.

ernst busch chor berlin



FRIEDEN ALLEN VÖLKERN

Konzert des Ernst-Busch-Chores Berlin

Künstlerischer Leiter: Daniel Selke
Gäste: Quijote, Chemnitz

Sonntag, 28. Januar 2024

im Konzertsaal der Universität der Künste Berlin
Hardenbergstraße/Ecke Fasanenstraße
10623 Berlin-Charlottenburg

Beginn: 15 Uhr, Einlass: 14 Uhr

Ticketpreis: 15 €

Vorverkauf: ebc-b-karten@gmx.de oder telefonisch bei Frau Schönborn 030/9712317

Anfahrt: S/U-Bahn Zoologischer Garten (ca. 5 Min. Fußweg); Bus M45